

NEUE STÄRKE

NEUE STÄRKE – Mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Ein Diskussionspapier von Johann Saathoff und Achim Post, Vorsitzende der Landesgruppen Niedersachsen/Bremen und Nordrhein-Westfalen in der SPD-Bundestagsfraktion, für die Klausurtagung der Landesgruppen am 8./9. Januar 2019

Viele der großen Aufgaben unserer Zeit verlangen nach sozialdemokratischen Antworten. Eine selbstbewusste und mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt ist zeitgemäßer denn je. Die SPD muss nicht alles anders, aber vieles deutlich besser machen, um diese Chancen politisch erfolgreich für sich zu nutzen. Ein einfaches Weiter-so kommt nicht in Frage. 2019 muss ein Jahr der politischen Impulse für Deutschland und Europa sein. Und es muss ein Jahr der Weichenstellung für die SPD sein. Zum Besseren. Zu neuer Stärke.

Mehr Selbstbewusstsein und Mut

Die SPD hat Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten maßgeblich politisch gestaltet. Die SPD kann und muss diese Erfolge selbstbewusst und geschlossen vertreten. Glaubwürdigkeit gewinnt man nicht, indem man eigene Erfolge geringschätzt. Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnt man durch Haltung und Zutrauen in die eigene Politik.

Zugleich ist aber auch klar: Die Große Koalition hat sich, anstatt sich auf die großen politischen Aufgaben zu konzentrieren, zu sehr in kleinlichem Streit verheddert. Die SPD muss im neuen Jahr deutlich machen, dass man mit ihr nicht politisch herumspringen kann, wie es Manchem vielleicht gefallen würde. Statt sich in überflüssige Streitigkeiten über überflüssige Fragen innerhalb der Union hineinziehen zu lassen, muss sich die SPD klarer und mutiger in der Koalition positionieren.

Darum geht es: mit politischer Schärfe in den Themen und mit neuen Ideen diese Koalition herauszufordern und besser zu machen. Mit dem doppelten Ziel: einen Neustart der Regierung zu schaffen und zugleich sozialdemokratische Politik stärker zu profilieren. Sonst ist weder die Regierung auf der Höhe der Zeit, noch ist die SPD auf der Höhe ihrer eigenen Ansprüche. Und das verlangt auch: Volle Kraft in beide Aufgaben zu legen – in die Arbeit in Regierung und Fraktion einerseits sowie in die Debatte über die Erneuerung der SPD, die weiter Fahrt aufnehmen muss.

Gemeinsam stark – Die Nachbarn Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen arbeiten eng zusammen

Wir wollen, dass die politische Arbeit der Landesgruppen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion zu diesen Aufgaben gemeinsame

Beiträge leistet. Und wir wollen als Landesgruppen kraftvoll und leidenschaftlich in das Wahljahr gehen und für gute Wahlergebnisse kämpfen. Aus diesen Gründen wollen wir – anknüpfend an die traditionell gute Zusammenarbeit der Landesverbände und Landesgruppen aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen - unsere Zusammenarbeit weiter ausbauen, auch im Austausch mit den anderen Landesgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion. Als Vorsitzende der beiden größten Landesgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion fühlen wir uns dieser Aufgabe in besonderer Weise verpflichtet. Im Jahr 2019 wollen wir - beginnend mit unserer Jahresauftaktklausur - vor allem diese inhaltlichen Schwerpunkte gemeinsam diskutieren und anschließend politisch miteinander vorantreiben – in der SPD, in der Fraktion und in der Regierungsarbeit:

1. NEUE STÄRKE: für ein starkes Europa der Solidarität! Die SPD ist die Partei des Friedens.

Ein Europa der Solidarität und des Zusammenhalts bleibt der beste Garant für Frieden, Wohlstand und eine gute Zukunft. Aus diesem Grund hat die SPD dafür gesorgt, dass ein neuer Aufbruch für Europa vorrangiges Ziel des Koalitionsvertrages ist. Noch immer stehen aber wesentliche Fortschritte aus. Der Brexit und die Europawahl dürfen jetzt keine Entschuldigung dafür sein, in den nächsten Monaten die Hände in den Schoß zu legen. Und auch nach der Europawahl müssen die Reform und die Stärkung Europas ganz oben auf der Agenda stehen. Dazu gehört für uns:

- Eine weiterhin klare und geeinte Haltung der EU gegenüber Großbritannien. So bedauerlich und dramatisch der Brexit ist: Das ausgehandelte Austrittsabkommen ist fair und vernünftig. Nachverhandlungen sind ausgeschlossen, auch wenn es wichtig ist, gerade jetzt mit Großbritannien im Dialog zu bleiben.
- Ein europäischer Zukunftshaushalt, der auf technologische Innovation und Investitionen in den Zusammenhalt Europas setzt und deutlich mehr Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und für den gesellschaftlichen sowie kulturellen Austausch in Europa bereitstellt. Deutschlands erklärte Bereitschaft, mehr in den EU-Haushalt zu investieren, muss in den weiteren Verhandlungen über die bisherigen Positionierungen hinaus unterstrichen werden.
- Eine EU-Agrarpolitik, die so reformiert wird, dass sie künftig nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ funktioniert und auf diese Weise die Förderung von mehr Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz in der Landwirtschaft in den Vordergrund rückt.
- Die Reform der Währungsunion einschließlich eines Haushaltes für die Eurozone, der dringend benötigte Investitionen stärkt und in Krisen stabilisierend wirkt, etwa durch einen Stabilisierungsfonds für nationale Arbeitslosenversicherungen. Die einseitige Sparpolitik der vergangenen Jahre gehört endgültig beendet. Die EU braucht zugleich eine strategische Industriepolitik, die Schlüsseltechnologien europäisch stärkt, etwa in der Batteriezellfertigung oder in der Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI). Und sie braucht nicht zuletzt eine verbindliche Sozialagenda, etwa auch durch einen Rechtsrahmen für Mindestlöhne.

- Eine gerechte Besteuerung großer Unternehmen in Europa und weltweit, insbesondere der Internetriesen Google, Facebook, Amazon und Co. Sollte keine rechtsverbindliche Verständigung auf eine substantielle europäische Digitalsteuer im Kreis aller EU-Staaten gelingen, sollte eine Gruppe von EU-Staaten vorangehen.
- Die Handlungsfähigkeit Europas langfristig stärken. Dazu gehört für uns auch die Möglichkeit, dass eine Gruppe von Staaten zusammen mit den EU-Institutionen die Spielräume für verstärkte Zusammenarbeit strukturierter als bisher auslotet.
- Eine europäische Flüchtlingspolitik, die Grenzschutz und humanitäre Verantwortung verbindet. Statt Dauerstreit sind flexible Lösungen gefragt. Zumindest eine Gruppe verantwortungsbewusster Staaten sollte bei Aufnahme, Verteilung und Rückführung von Flüchtlingen konstruktiv zusammenarbeiten. Um die Herkunftsstaaten zur Kooperation zu bewegen, sollten mehr Möglichkeiten der legalen Einwanderung geschaffen werden, etwa über Arbeitsvisa oder Stipendien. Die EU-Strukturfonds sollten genutzt werden, um Kommunen bei der Flüchtlingsintegration zu helfen.
- Eine klare Ausrichtung der europäischen Außenpolitik auf Frieden und Abrüstung. Dazu gehört für uns auch eine Politik, die – bei aller notwendigen Kritik und Klarheit gegenüber Russland - wo immer möglich auf Dialog und Entspannung setzt. Statt weiterer Konfrontation brauchen wir Einstiege in vertrauensbildende Maßnahmen, Diplomatie und Dialog, wenn sich hierfür Spielräume bieten. Eine dauerhafte europäische Friedensordnung Europas ist nur mit, nicht gegen Russland möglich.
- Zudem sagen wir - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen über den Vertrag zum Verbot atomarer Mittelstreckenraketen - klar und eindeutig: Kein neues Wettrüsten in Europa und der Welt! Keine neuen Atomraketen in Deutschland! Und keine blinde Fixierung auf das 2%-Aufrüstungsziel der NATO! Stattdessen muss die deutsche Außenpolitik viel stärker als bisher Abrüstung und Rüstungskontrolle ganz oben auf die internationale Agenda setzen. Und stattdessen muss auch künftig gelten: Mehr Mittel in nachhaltige Entwicklung und zivile Krisenprävention!

2. NEUE STÄRKE: Für einen starken Staat zum Wohle aller Menschen! Die SPD ist die Partei der Arbeit und Gerechtigkeit.

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands ist gut, aber der Aufschwung kommt bei vielen Menschen nicht an. Es herrscht in Deutschland Rekordbeschäftigung, jedoch um den Preis der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und wachsender sozialer Ungleichheit. Kinderarmut, Altersarmut und Abstiegsängste sind für zu viele Menschen Alltag geworden. Die öffentlichen Haushalte erwirtschaften stattliche Überschüsse, investieren aber zu wenig in die öffentliche Infrastruktur. Darum heißt die Aufgabe: Der Staat und seine Infrastruktur müssen sichtbar sein! Wir brauchen einen starken und wehrhaften Staat, der soziale Teilhabe ermöglicht, ökologische Nachhaltigkeit fördert und ein Leben in Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Als wichtige Punkte gehören für uns dazu:

- Ein Staat, der in die Zukunft investiert: in Bildung und Forschung, in technologische Innovation und eine starke Industrie, in eine flächendeckende moderne Infrastruktur oder in die Digitalisierung. Zum Beispiel auch durch ein Zukunftsinvestitionsgesetz zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur oder die Festlegung einer jährlichen

Mindestinvestitionsquote des Staates für die nächsten 10 Jahre. Wir brauchen einen Vorrang für Investitionen, der auch dann noch gelten muss, wenn die Kassenlage schwieriger wird.

- Ein Staat, der gute Arbeitsplätze sichert und fördert. Wir werden die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung drastisch reduzieren, das unbefristete Arbeitsverhältnis muss wieder die Regel werden. Wir wollen zudem eine deutlich höhere Tarifbindung erreichen, z.B. auch indem wir prüfen, wie tarifgebundene Unternehmen bei Steuern oder öffentlichen Aufträgen besser gestellt werden können als nicht tarifgebundene Unternehmen. Wichtig ist auch, dass die öffentliche Hand auf Tariftreue achtet. Alle Länder bis auf Bayern haben bereits entsprechende Gesetze. Aber es gibt kein Bundestariftreuegesetz. Wir dürfen Tariffucht und Lohndrückerei nicht auch noch mit öffentlichen Aufträgen unterstützen. Besonders wichtig: Wir brauchen eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro. Gelingen nicht zügig Schritte in diese Richtung, gehört das System der Mindestlohnkommission auf den Prüfstand.
- Ein Sozialstaat, der verlässlichen Schutz im Wandel bietet und vorausschauende Vorsorge für die Zukunft leistet. Wir wollen die Grundrente zügig einführen, die gesetzliche Rente weiter stärken, ohne die junge Generation zu überfordern, und die Renten für die nächsten Jahrzehnte stabilisieren. Damit stellen wir uns dem Kampf gegen Altersarmut. Wir wollen auch die betriebliche Altersversorgung attraktiver machen und die Doppelverbeitragung schnellstmöglich abschaffen. Für Betriebsrenten soll genau wie bei der gesetzlichen Rente künftig nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag gelten und ein Freibetrag statt der bisherigen Freigrenze eingeführt werden, um kleine Betriebsrenten besonders zu entlasten.
- Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme insgesamt am Menschen und an der Zukunft orientiert weiterentwickeln und speziell auch eine Kindergrundsicherung als neues Element diskutieren. Wir unterstützen die Pläne zu einer Reform von Hartz IV noch in diesem Jahr, um das System gerechter zu machen. Überzogene Sanktionen sollten abgeschafft werden. Dazu gehören auch die Sanktionen für unter 25-Jährige. Auch sollte die Lebensleistung der Menschen stärker berücksichtigt werden, etwa indem langjährig Versicherte einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben oder indem eine längere Bezugsdauer mit Anreizen zur Weiterbildung verknüpft wird.
- Ein Staat, der den Menschen umfassende öffentliche Sicherheit bietet. Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten, deshalb ist die öffentliche Sicherheit für die SPD von zentraler Bedeutung. Der notwendige Personalaufwuchs bei Polizei, Zoll und Justiz muss schnell umgesetzt werden. Das Gewaltmonopol des demokratischen Staates muss immer und überall gelten – und es muss unterschiedslos ausgeübt werden: Gegenüber Nazis und rechten Gewalttätern ebenso wie gegenüber islamistischen Terroristen, schwerkriminellen Familienclans oder gewalttätigen Chaoten aus dem Schwarzen Block.
- Ein Staat, der eine gerechte und investitionsorientierte Einnahmepolitik verfolgt. Den CDU-Vorschlag, den Soli komplett und damit auch für die höchsten 10 Prozent der Einkommen abzuschaffen, halten wir grundsätzlich für falsch. Hingegen Spielräume für die Abschaffung des Soli für die übrigen 90 Prozent der Steuerzahler bereits vor 2021 zu nutzen, halten wir grundsätzlich für richtig. Zudem wollen wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine höhere Reichensteuer.

- Ein Staat, der auf Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit setzt, die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft aktiv vorantreibt und die schrittweise Abkehr von fossilen Energieträgern mit aktiver Strukturentwicklung und neuer, hochwertiger Beschäftigung verbindet. Mit diesem Grundsatz muss auch die Arbeit der Kohle-Kommission zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Verlässlichkeit und Planungssicherheit wollen wir auch mit dem Klimaschutzgesetz schaffen, das verbindliche CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren festlegen wird. Klar ist für uns dabei: Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten. Deutschland muss einen starken Beitrag dazu leisten, damit das Pariser Klimaabkommen ein Erfolg wird.

3. NEUE STÄRKE: Für einen starken Zusammenhalt in Stadt und Land! Die SPD ist die Partei für aktive Kommunen

Kommunen sind Orte der Wahrheit, weil sie Orte der Wirklichkeit sind. Ein starker Zusammenhalt unseres Landes kann nur gelingen, wenn keine Kommune und Region zurückgelassen wird und die Menschen in allen Teilen Deutschlands „gleichwertige Lebensverhältnisse“ haben. Herkunft darf nicht über Zukunft bestimmen. Demokratie und Zusammenhalt in unserem Land brauchen starke Kommunen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Die Leistungen der SPD zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung stellen entscheidende Schritte auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen dar, denen jetzt Schritt für Schritt weitere folgen müssen. Dazu gehören für uns:

- Bund und Länder müssen sich bei den Grundgesetz-Änderungen schnell im Vermittlungsausschuss auf eine für alle tragfähige Lösung verständigen, damit der Bund die Länder und Kommunen dauerhaft bei drei wichtigen Zukunftsaufgaben und sozialdemokratischen Kernanliegen unterstützen kann: bei der Modernisierung der Bildungsinfrastruktur besonders durch den „Digitalpakt“, beim Sozialen Wohnungsbau und beim öffentlichen Nahverkehr.
- Der Abbau der Altschulden muss gelingen: Trotz guter Konjunktur und wachsender Beschäftigung nehmen die kommunalen Altschulden nicht ab sondern zu. Vor allem struktur- und finanzschwache Kommunen unter Sparzwang können sich aus diesem Teufelskreis nicht befreien. Wir erwarten von der Kommission "Gleichwertige Lebensbedingungen" einen Vorschlag zur Lösung der Altschuldenproblematik, der noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden muss.
- Die kommunalen Einnahmen sichern: Wir wollen bis Ende 2019 eine faire Reform der Grundsteuer beschließen, um diese Einnahmequelle für die Kommunen zu sichern. Die vom Bundesfinanzminister vorgelegten Vorschläge sind dafür für eine gute Grundlage. Wir wollen zudem die kommunale Beteiligung an der Umsatzsteuer gerechter machen, in dem die Höhe der Arbeitslosigkeit als Berechnungskriterium Berücksichtigung findet. Und wir brauchen zügig eine langfristige Lösung bei der Übernahme von Kosten für Unterbringung und Integration von Flüchtlingen durch den Bund, damit die Kommunen Planungssicherheit haben und wir die Flüchtlingsintegration als das anpacken können, was sie ist: eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

- Die kommunale Investitionskraft und den Zusammenhalt stärken: Wir wollen mehr öffentliche Investitionen in die Digitalisierung von Schulen, Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern und vor allem in den sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Mit der Einführung einer Grundsteuer C wollen wir Bodenspekulationen entgegenwirken und Flächen für den Wohnungsbau gewinnen. Zudem wollen wir ein gesamtdeutsches Fördersystem zur gezielten Entwicklung strukturschwacher Räume.
- Der Zusammenhalt kann nur gelingen, wenn wir für alle Menschen flächendeckend bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir wollen keine Ausgrenzung von Menschen an die Stadtränder, Wohnen darf kein Luxus sein. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung unserer SPD nach einem Mietestopp für 5 Jahre.
- Wir haben das Recht auf schnelles Internet für alle Bürger vereinbart. Im Haushalt 2019 stehen schon rund 4,1 Milliarden für den Investitionsfonds „Digitale Infrastruktur“ bereit, um den flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen auf Glasfaserbasis zu unterstützen. Das müssen wir jetzt schnell umsetzen.

NEUE STÄRKE: für die SPD

Die Zukunft der SPD ist keineswegs von äußeren Umständen vorgezeichnet. Sie liegt in unseren Händen. Globalisierung, Digitalisierung, Migration, demografischer Wandel, Klimawandel bringen tiefgreifende soziale Umbrüche mit sich, die in besonderer Weise nach sozialdemokratischen Antworten verlangen. Die Ausgangsbedingungen für die SPD sind aber äußerst schwierig: Die gegenwärtige Krise der SPD ist in ihrer jüngeren Geschichte beispiellos. Die Erneuerung der SPD muss im neuen Jahr noch grundlegender angepackt werden – in Regierung, Fraktion und Partei. Innerparteiliche Konfliktthemen zu bearbeiten ist wichtig, schafft aber noch keine neuen großen Identifikationsthemen, um die sich die Partei versammeln und durch die sie neue Attraktivität nach außen gewinnen könnte. Neue Formate der innerparteilichen Debatte zu erproben ist wichtig, schafft allein aber noch keine neue Kultur des Miteinanders und der Partizipation in der Partei. Zu sparen und Strukturen in Frage zu stellen ist unerlässlich, schafft aber noch keine neue strategische Zukunftsfähigkeit der Partei. Und die ist das, was die SPD zuallererst braucht, wenn sie wieder zu neuer Stärke gelangen und Wahlen gewinnen will. Das Jahr 2019 muss auch hierfür die richtigen Weichen stellen.

Und wir müssen dabei als Partei noch mehr Mut haben: Den Mut, Themen offensiv zu setzen und durchzuhalten. Den Mut, schwierige Entscheidungen zu fällen und zu diesen auch gemeinsam zu stehen. Und den Mut, auch einmal neue Wege zu gehen. Wie etwa mit der Idee, Spitzenkandidaturen per Urwahl zu bestimmen, wenn es mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten für ein Amt gibt. Ein Verfahren, mit dem einige Landesverbände der SPD bereits gute Erfahrungen gemacht haben. Erst wenn wir das alles auch wirklich als Partei zusammen schaffen, können wir uns Schritt für Schritt aus der Misere herausarbeiten. Und können die Chancen nutzen, die sich für sozialdemokratische Politik auch und gerade im 21. Jahrhundert bieten.